

Patrick Cotti, Loretohöhe 7, 6300 Zug
Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug
Alternative Fraktion (SGA / Parteilose)

An die Stadtkanzlei, Stadthaus am Kolinplatz, Postfach, 6301 Zug

Zug, den 24.8.2003

Interpellation

Die Stadt Zug vor grossen finanziellen Herausforderungen

Wie auf den Kanton Zug kommen auch auf dessen Gemeinden und hier insbesondere die Stadt Zug massive Verluste bei den Steuereinnahmen und spürbare Zunahme bei der Steuerbelastung zu.

Die massiven Verluste sind einerseits die Folge der extremen Steuersatzsenkungen bei der Revision des Steuergesetzes 2001. So gingen allein bei der Kapitalsteuer der Stadt Zug im Rechnungsjahr 2002 rund 11,6 Mio Franken Millionen verloren.

Andererseits sorgt auch die Wirtschaftsflaute für Einnahmehausfälle.

Zusätzliche Millionenverluste drohen der Stadt wegen dem Steuerpaket des Bundes, dessen Steuergeschenke vor allem an die Reichen gehen. Hier dürfte aber das Schweizer Volk das letzte Wort haben.

Mit weiteren Belastungen muss die Stadt bei Inkrafttreten des Neuen Finanzausgleich (NFA) ab 2007 rechnen. Diese Mehrbelastungen haben die Gemeinden bekanntlich solidarisch mit dem Kanton mitzutragen.

Und wie wenn das alles nicht schon genug wäre, dürfte auch das derzeit im Bundesparlament diskutierte Sparpaket 2003, das Bundesaufgaben auf die Kantone und die Gemeinden abwälzt, zu zusätzlichen Mehrausgaben für die Stadt Zug führen.

Wir schätzen, dass der Neue Finanzausgleich, der den Kanton und die elf Gemeinden etwa 130 Millionen Franken kostet, für die Stadt Zug eine Mehrbelastung von mindestens 25 Millionen Franken zur Folge haben könnte. Das Steuerpaket des Bundes könnte – ebenfalls jährlich - zu Steuerausfällen von etwa 7 Millionen führen. Ohne den allgemeinen Rückgang der Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen und ohne Berücksichtigung des Sparpaketes 2003 ergäben allein NFA-Mehrbelastung und Steuerpaket-Mindereinnahmen ein jährliches Minussaldo von gut 30 Millionen Franken.

Um das auszugleichen gibt es zwei Alternativen: Die Stadt betreibt massiven Abbau beim Sozialen, beim Personal, bei der Bildung und Kultur, beim Umweltschutz und öffentlichen Verkehr sowie bei der Leistungsfähigkeit und Kundenfreundlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Oder sie korrigiert die Mängel des Steuergesetzes von 2001 und unterstützt die Erhöhung der Steuersätze vor allem bei den privilegierten Gesellschaften und privilegierten Personen. Und um eine Erhöhung des Steuerfusses wird die Stadt wohl nicht herkommen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Stadtrat die folgenden Fragen:

1. Wie sieht es mit den städtischen Steuereinnahmen für das laufende Jahr 2003 aus?
Wie gross ist der geschätzte Rückgang bei der Kapitalsteuer im Vergleich zu den beiden Vorjahren? Ist ein Defizit bei der Jahresrechnung absehbar und - falls Ja - lässt sich etwas über dessen Grössenordnung aussagen?
2. Wie hoch werden die städtischen Steuerausfälle aufgrund des Steuerpakets des Bundes ausfallen, sollte das Schweizervolk dessen Inkrafttreten nicht verhindern? Ist der Stadtrat bereit, sich ähnlich wie beispielsweise die Stadt Schaffhausen gegen dieses völlig einseitige und unfaire Steuerpaket öffentlich auszusprechen?
3. Wie hoch wird die Mehrbelastung für die Stadt Zug beim Inkrafttreten des NFA sein, wenn sich die Zuger Gemeinden auf solidarische Weise, das heisst Kanton/Gemeinden ungefähr je hälftig, daran beteiligen?
4. Mit welchen zusätzlichen Aufgaben muss die Stadt Zug rechnen, falls das Sparpaket 2003 des Bundes tatsächlich realisiert wird? Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten für diese zusätzlichen Ausgaben?
5. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um die verhängnisvollen Steuersatzsenkungen im Rahmen der Steuergesetzrevision 2001 zu korrigieren? Ist er bereit, entsprechende Vorschläge auf kantonaler Ebene zu unterstützen?
6. Welche Konsequenzen erwägt der Stadtrat bei einem allfälligen Defizit in der laufenden Jahresrechnung? Wie stellt er sich zu einem Verzicht auf den Steuerrabatt? Wie stellt er sich angesichts des kumulativen Effektes der obenerwähnten Einnahmefälle und Mehrbelastungen zu einer Erhöhung des Steuerfusses?